

LUPE



WÄHLEN GEHEN

AM 23. FEBRUAR!



ALTDORF
B. NÜRNBERG

SPD



VORWORT

liebe Altdorfer*innen, darum ist Jan Plobner die richtige Wahl: Ich kann mit voller Überzeugung Jan Plobner für eine erneute Wahl in den Deutschen Bundestag empfehlen. Er hat in den vergangenen Jahren exzellente Arbeit geleistet – authentisch, sympathisch und hochkompetent.

Jan Plobner ist Altdorfer durch und durch. Bereits sein Ur-Großvater war als Zweiter Bürgermeister der Stadt Altdorf aktiv und hat sich für unsere Gemeinschaft eingesetzt. Dieses Engagement setzt Jan mit Leidenschaft und Tatkraft fort. Besonders beeindruckt mich, dass Jan Plobner zu den Abgeordne-

ten gehört, die mehr Zeit am Schreibtisch und in anstrengenden Sitzungen verbringen, um echte Ergebnisse zu liefern, als bei rein repräsentativen Veranstaltungen. Sein Fokus liegt klar auf der Sacharbeit und darauf, konkrete Lösungen für unsere Region zu erarbeiten und umzusetzen.

Sein Einsatz für Altdorf in den letzten Jahren als Abgeordneter kann sich sehen lassen:

- *Er hat erfolgreich Gespräche zum Thema Stromtrasse vermittelt, unter anderem mit Matthias Miersch und Nina Scheer in Berlin, um Altdorfs Interessen zu schützen.*



JAN PLOBNER

IST

EINE STIMME

FÜR UNS



■ *Er hat sich beim Thema PWC-Anlage klar gegen den Standort bei Eismannsberg eingesetzt und Altdorf mit großem Engagement in den Verhandlungen mit der Autobahndirektion unterstützt.*

■ *Er hat Fördermittel in Höhe von 500.000 Euro für die Sophienquelle in Grünsberg organisiert, was ein wichtiger Beitrag zum Erhalt unseres kulturellen Erbes ist.*

■ *Er hat es geschafft, prominente Parteifreunde wie Rolf Mützenich und Kevin Kühnert nach Altdorf zu holen, um sie aus erster Hand über unsere lokalen Belange zu informieren und den Dialog mit Berlin zu intensivieren.*

Jan Plobner zeigt Tag für Tag, was es bedeutet, Verantwortung für die Region zu übernehmen. Er ist eine Stimme für uns, die nicht nur gehört wird, sondern auch Ergebnisse liefert. Es ist ein klarer Standortvorteil für Altdorf, einen Bundestagsabgeordneten aus den eigenen Reihen zu haben. Jan Plobner versteht unsere Anliegen, weil er unsere Stadt und ihre Menschen kennt.

Mit voller Überzeugung empfehle ich Jan Plobner und lade Sie ein, gemeinsam mit mir für seine Wiederwahl einzutreten. Altdorf kann auf ihn zählen – jetzt und in Zukunft.

**Herzlichst,
Ihr Martin Tabor**



UNSERE BILANZ 2021-2025

JAN PLOBNER, MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

BILANZ

Gemeinsam mit unserem Bundeskanzler Olaf Scholz, haben wir als SPD-Bundestagsfraktion in dieser Wahlperiode viel erreicht. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Unter sozialdemokratischer Führung ist der Niedriglohnsektor zurückgegangen, die Beschäftigung auf Rekordniveau gestiegen und auch der Anteil der Erneuerbaren ist so hoch wie nie. Dafür haben wir hart

gearbeitet. Von der Erhöhung des Kindergeldes bis zur Anhebung des Mindestlohns, vom massiven Ausbau der erneuerbaren Energien bis zum Deutschlandticket, von der Verbesserung der Kinderbetreuung bis zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, von Rekordinvestitionen in die Infrastruktur bis zur Unterstützung der Ukraine – um nur einige Beispiele zu nennen. Folgendes haben wir konkret erreicht:

MEHR KINDERGELD

Das Kindergeld ist zum Januar 2023 um 31 Euro für das erste und zweite Kind und um 25 Euro für das dritte Kind auf 250 Euro pro Kind gestiegen. Auch der Kinderfreibetrag wurde mehrfach angehoben, zuletzt im Januar 2024. Der Ausbildungsfreibetrag ist 2023 auf 1.200 Euro gestiegen. Der Kinderzuschlag für Eltern mit geringem Einkommen ist ab Januar 2023 auf bis zu 250 Euro monatlich und ab Januar 2024 auf bis zu 292 Euro monatlich erhöht worden.

MEHR BAFÖG FÜR MEHR JUNGE MENSCHEN

Die Chance auf ein Studium darf nicht vom Geldbeutel oder der Herkunft abhängen. Deshalb haben wir das BAföG deutlich erhöht und mehr Menschen einen Anspruch auf Förderung gegeben. So wurde der Grundbedarf zweimal erhöht. Der Wohnkostenzuschlag stieg insgesamt auf bis zu 380 Euro. Zusammen mit erhöhten Kranken- und Pflegeversicherungszuschlägen ist der Förderhöchstsatz damit auf 992 Euro angestiegen – ein Plus von 15 Prozent seit Mitte 2022. Auch die Elternfreibeträge sind seit Beginn der Wahlperiode zweimal angestiegen. Dadurch haben mehr junge Menschen einen Anspruch auf BAföG.

ENTLASTUNG IN DER ENERGIEKRISE

Mit Preisbremsen für Strom, Gas

und Wärme, drei Entlastungspaketten mit einem Volumen von fast 100 Milliarden Euro und einem umfassenden Abwehrschirm in Höhe von 200 Milliarden Euro haben wir die gestiegenen Energiekosten infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine und die Folgen für Verbraucher*innen sowie für Unternehmen abgefedert.

KULTURPASS

Mit der Einführung des Kulturpasses öffnen wir jungen Menschen im Alter von 18 Jahren die Türen zu Kinos, Museen, Konzerten und vielem mehr und stärken zugleich die Kulturbranche. Junge Menschen im Alter von 18 Jahren erhalten über eine App ein Guthaben von 100 Euro, das sie deutschlandweit für ein breites Kulturangebot einlösen können.

INKLUSION AUF DEM ARBEITSMARKT

Menschen mit Behinderungen gelingt es immer noch zu selten, eine Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufzunehmen – trotz guter Ausbildung. Zu viele Arbeitgeber*innen beschäftigen trotz des hohen Fachkräftebedarfs und der gesetzlichen Beschäftigungspflicht keinen einzigen schwerbehinderten Menschen. Deshalb verdoppeln wir die Ausgleichsabgabe und erhöhen damit den Anreiz für Arbeitgeber*innen, die noch keinem einzigen schwerbehinderten Menschen eine Chance



DER KINDER-

FREIBETRAG

WURDE

MEHRFACH

ANGEHOBEN



geben, ihrer Verantwortung künftig nachzukommen. Gleichzeitig setzen wir auch auf mehr Unterstützung für Unternehmen. Die Einnahmen aus der Ausgleichs-abgabe fließen jetzt vollständig in die Förderung von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.

BESSERER SCHUTZ FÜR BESCHÄFTIGTE VON PAKETDIENSTEN

Die Briefmengen gehen zurück, die Anzahl der Pakete steigt. Während im europäischen Ausland die Qualität der Postdienstleistungen zurückgefahren wird und die Preise steigen, haben wir die flächendeckende Versorgung zu einem moderat steigenden Preis gesichert. Gleichzeitig haben wir die Regelungen für Paketdienste verschärft und nehmen Auftraggeber*innen von Subunternehmen verstärkt in die Pflicht.

INVESTITIONEN IN INFRASTRUKTUR

Wir haben die öffentlichen Investitionen in den letzten Jahren auf Rekordniveau gebracht. Knapp 53 Milliarden Euro wurden im Jahr 2024 investiert – dort, wo es auch für die Wirtschaft wichtig ist: Schienen, Straßen, Nahverkehr, digitale Infrastruktur und Bildung. Die Deutsche Bahn hat 2023 so viel in ein verlässlicheres Netz investiert wie noch nie, rund 17 Milliarden Euro.

MEHR FAIRNESS IM STRASSENVERKEHR

Bund, Länder und Kommunen haben neue Möglichkeiten bekommen, um den Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz zu verbessern. Wo Parkraumangel droht oder besteht, können Kommunen leichter Parkflächen für Anwohner*innen schaffen. Auch Sonderfahrspuren für Linienbusse können einfacher eingerichtet werden. Kommunen können zudem mehr Abstellflächen für Fahrräder und leichter Rad- und Gehwege ausweisen. An verkehrsreichen Straßenabschnitten wie etwa in der Nähe von Schulen oder Spielplätzen können einfacher Tempo 30-Zonen ausgewiesen werden.

DEUTSCHLANDTICKET

Mit dem Deutschlandticket kann man für 49 Euro (ab 1. Januar 2025 für 58 Euro) pro Monat günstig, bequem und unkompliziert in allen Verkehrsmitteln des öffentlichen Personennahverkehrs durch ganz Deutschland fahren. Das Ticket gilt unabhängig vom Bundesland, Verkehrsverbund und Tarifgebiet. Das ermöglicht günstige Mobilität für viele, setzt einen Anreiz zum Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn und hilft, die Klimaziele zu erreichen. Pendler*innen sparen mit dem Deutschlandticket jeden Monat viel Geld beim Bus- und Bahnfahren.

ERNEUERBARE ENERGIEN AUSGEBAUT

Den erneuerbaren Energien kommt bei der klimaneutralen Transformation eine Schlüsselrolle zu. Deshalb haben wir die Ausbauziele erhöht und Genehmigungsverfahren von Windkraft an Land und auf See sowie Freiflächen-Photovoltaik vereinfacht, den Bau von PV-Anlagen finanziell erleichtert und mehr Flächen bereitgestellt. Für erneuerbare Energien haben wir erstmals verbindliche Flächenziele für jedes Bundesland festgelegt. Das Ergebnis lässt sich sehen: Wir haben das Tempo beim PV-Ausbau verdoppelt und die für 2024 geplanten Ausbauziele bereits vor Jahresende erreicht. Auch bei der Windkraft kommen wir gut voran. 2024 stammte bereits über die Hälfte des verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien.

STAATSANGEHÖRIGKEITS- RECHT REFORMIERT

Menschen, die schon lange in Deutschland leben, ihren Lebensmittelpunkt hier haben und die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung teilen, können nun leichter die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen. Damit senden wir ein klares Zeichen: Ihr gehört zu uns! Ihr seid Teil der Gesellschaft, Ihr könnt künftig mitentscheiden und mitbestimmen. Einbürgerungen sind künftig nach fünf statt acht Jahren möglich. Auch Mehrstaatigkeit ist nun grund-

sätzlich möglich. Antisemitismus, Rassismus und andere Formen der Menschenverachtung schließen eine Einbürgerung aus.

NAMENSRECHT MODERNISIERT

Wir haben das Namensrecht reformiert und es freier und flexibler gemacht. Denn Namen zeigen Zugehörigkeit und bedeuten Identifikation. Trennungs- und Patchworkfamilien werden so besser berücksichtigt. Auch bedeutet das mehr Gleichberechtigung bei der Namenswahl: Während 2023 noch immer 75 Prozent aller Frauen bei der Heirat den Nachnamen ihres Mannes annahmen, können künftig auch echte Doppelnamen für die ganze Familie gebildet werden.

RECHT AUF GESCHLECHTLICHE SELBSTBESTIMMUNG

Wir schaffen staatliche Diskriminierung ab. Trans- und intergeschlechtliche sowie nichtbinäre Menschen können nun ihren Geschlechtseintrag und ihre Vornamen selbstbestimmt durch eine einfache Erklärung beim Standesamt ändern. Sie müssen keine Gerichtsverfahren mehr durchlaufen, auch Sachverständigengutachten sind nicht mehr notwendig. Nötig ist nur, sich drei Monate vorher beim Standesamt anzumelden. Nach der Änderung gilt eine Sperrfrist von einem Jahr, in der der Eintrag nicht erneut geändert werden kann.



2024

STAMMTE

SCHON

DIE HÄLFTE

DES

VERBRAUCHTEN

STROMS

AUS

ERNEUERBAREN

ENERGIEN





HÖHERE STRAFEN BEI GESCHLECHTSSPEZIFISCHER GEWALT

Um der steigenden Zahl von Gewalttaten gegen Frauen und queere Menschen entgegenzuwirken, haben wir klargestellt, dass geschlechtsspezifische und gegen die sexuelle Orientierung gerichtete Tatmotive von den Gerichten strafverschärfend berücksichtigt werden müssen. Dadurch wollen wir auch darauf hinwirken, dass Femizide in der Regel als Mord aus niedrigen Beweggründen bestraft werden. Patriarchale Besitzansprüche und frauenfeindliche Vorstellungen werden so erkannt und als solche benannt.

BUNDESVERFASSUNGS- GERICHT SCHÜTZEN

Das Bundesverfassungsgericht ist für unseren Rechtsstaat als Garant der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unverzichtbar geworden. Deshalb haben wir einen fraktionsübergreifenden Gesetzentwurf in den

Bundestag eingebracht, um die Handlungsfähigkeit des höchsten Gerichts im Grundgesetz abzusichern und es so gegen Angriffe antidemokratischer und illiberaler Kräfte zu schützen. Es werden im Grundgesetz die Strukturen des Gerichts festgeschrieben.

DER BUNDESTAG WIRD KLEINER

Wir haben das Wahlrecht reformiert. Damit verkleinern wir den Bundestag dauerhaft – und haben geschafft, was jahrelang am Widerstand der CDU/CSU-Fraktion gescheitert war. Der nächste Bundestag wird 630 Abgeordnete haben, Überhang- und Ausgleichsmandate gibt es nicht mehr. Diese führten zu einem Anwachsen des Parlaments, derzeit mit 735 Abgeordneten. Künftig wird der Bundestag durch das Verfahren der Zweitstimmendeckung eine feste Größe haben, die sich nicht ändert.

MODERNES EINWANDERUNGSRECHT

Für Fachkräfte aus dem Ausland ist es nun deutlich leichter, in Deutschland zu arbeiten. Mit der Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes haben wir eines der modernsten Einwanderungsmodelle weltweit geschaffen. Die stärkere Öffnung und Vereinfachung der Arbeitskräftezuwanderung funktioniert und ist erfolgreich. Sie basiert auf drei Säulen: Qualifikation, Erfahrung und Potenzial. Bei nicht reglementierten Berufen braucht es nun keine formale Anerkennung des ausländischen Berufsabschlusses mehr, wenn eine im Herkunftsland anerkannte Ausbildung sowie ausgeprägte berufspraktische Erfahrungen vorliegen. Mit einer Chancenkarte und dem flankierenden Punktesystem haben wir neue Möglichkeiten zur Arbeitsplatzsuche eröffnet. Wir bauen bürokratische Hürden ab und beschleunigen die Verfahren für die Erteilung eines Visums. Wichtig ist für uns dabei, dass wir mehr legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen, die Integration von Fach- und Arbeitskräften verbessern, und es kein Lohndumping oder Unterlaufen von sozialen Standards gibt.

VERBANDSKLAGE STÄRKT VERBRAUCHERRECHTE

Wir haben die EU-Verbandsklagegerichtlinie in deutsches Recht umgesetzt und so die Rechte von

*Verbraucher*innen gestärkt. Ihre Ansprüche können nun einfacher geklärt und durchgesetzt werden, und auch Unternehmen erhalten schneller Rechtssicherheit. Gleichzeitig kann die Justiz von massenhaften Einzelklagen entlastet werden. Damit können Klagewellen, wie durch den Diesel-Skandal oder Forderungen wegen überhöhter Kontogebühren durch Banken, vermieden werden.*

MILITÄRISCHE UND FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE UKRAINE

Die Bundesregierung hat bislang militärische Unterstützung in Höhe von rund 28 Milliarden Euro für die Ukraine bereitgestellt. Deutschland ist damit weltweit der zweitgrößte Unterstützer. Neben finanziellen Mitteln haben wir unter anderem Kampfpanzer, Luftverteidigungssysteme, Artillerie, Drohnen sowie Schutz- und Spezialausrüstung geliefert. Dabei stimmen wir uns eng mit unseren Partnern ab und tun alles dafür, dass der Krieg nicht weiter eskaliert. Seit Kriegsbeginn haben wir im Bereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über 1,6 Milliarden Euro zur Unterstützung der Ukraine zur Verfügung gestellt. Damit unterstützen wir den Wiederaufbau des Landes und stellen die Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten, Trinkwasser und Strom sicher.



**DAS BUNDES-
VERFASSUNGS-
GERICHT
IST
ALS GARANT
DER
FREIHEITLICH-
DEMOKRA-
TISCHEN
GRUND-
ORDNUNG
UNVERZICHT-
BAR**





FÜR EIN STARKES DEUTSCHLAND, DAS ZUSAMMENHÄLT.

DAFÜR KÄMPFEN WIR UND MACHEN ES MIT UNSEREM PROGRAMM KONKRET.

JAN PLOBNER

ZIELE

Mit der Vertrauensfrage hat Bundeskanzler Olaf Scholz die Entscheidung über die zukünftige Richtung unseres Landes in die Hände der Menschen gelegt. Unser Programm hat einen klaren Fokus: den Alltag der Bürger*innen. Ihre drängendsten Alltagsprobleme sind die Schwerpunkte unseres Programms. Wir zeigen, wie wir Deutschlands Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs bringen wollen, Beschäftigte und Familien entlasten und gleichzeitig in Zukunft und Zusammenhalt investieren. Damit weiß jeder, wofür die SPD steht.

Am 23. Februar entscheiden die Wähler*innen, wie es in Deutschland weitergeht: Die Union will »mehr Kapitalismus wagen«. Ihre Politik macht Wenige reicher und für viele das Leben schwerer. Spitzenverdiener und Unternehmen mit großen Gewinnen sollen mehr bekommen und der Rest soll dafür zahlen oder Leistungseinschränkungen bei der Rente oder Krankenversicherung hinnehmen. Anders kann diese Rechnung nicht aufgehen. Das schafft für viele Menschen neue Unsicherheiten. Dieses Gegeneinanderauspielen muss enden.

1. Wir kämpfen dafür, dass die Wirtschaft wieder wächst und die Menschen sichere Arbeitsplätze haben.

Der entscheidende Schlüssel für neues Wirtschaftswachstum sind Investitionen in Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur. Es gibt weiter großen Nachholbedarf, der über Jahrzehnte aufgebaut wurde. Deswegen muss der Weg der Modernisierung mutig weiter gegangen werden. »Made in Germany« wird dann wieder stark, wenn die Wirtschaft für Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen funktioniert. Wirtschaftspolitik auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen ist der falsche Weg:

- Damit es in Deutschland bergauf geht, muss mehr investiert werden. Dafür investieren wir in die Zukunft – in Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur wie Schienen, Brücken und Straßen.
- Ein neuer Deutschlandfonds investiert staatliches und privates Kapital gezielt in moderne Energien, in den Wohnungsbau und in hochinnovative Unternehmen und KI.
- Ein »Made in Germany-Bonus« verstärkt unmittelbar Investitionen und setzt damit neue Kräfte frei. Jede Zukunftsinvestition, zum Beispiel in neue Maschinen oder Anlagen eines Betriebes, wird mit 10 Prozent

der Anschaffungssumme direkt und unkompliziert über eine Steuererstattung gefördert. Das hilft dem Mittelstand unbürokratisch und ist viel besser für Deutschland als pauschale Steuergeschenke für Konzerne bei denen überhaupt nicht klar ist, ob sie für Investitionen in Deutschland oder die Aktiendividenden verwendet werden.

Die Idee ist auch praktikabler als kleinteilige, komplizierte Förderprogramme.

- Eine sinnvolle Reform der Schuldenbremse gibt uns endlich die Möglichkeit, wie andere Länder, mehr Geld in unsere Zukunft zu investieren.
- Bürokratie muss weiter abgebaut werden, damit sich Unternehmen und Arbeitnehmer*innen auf das Wesentliche konzentrieren können.
- Stromkosten werden durch die Halbierung der Netzentgelte gesenkt.
- Die Anschaffung von in Deutschland produzierten E-Autos oder jungen Gebrauchten soll durch einen einfachen Steuerabzug attraktiver werden. Kaufen, bei der Steuer angeben, Zuschuss direkt aufs Konto.



DER
ENTSCHEIDENDE
SCHLÜSSEL
FÜR NEUES
WIRTSCHAFTS-
WACHSTUM
SIND
INVESTITIONEN
IN WIRTSCHAFT,
BILDUNG
UND
INFRASTRUKTUR





2. Wir kämpfen dafür, dass Beschäftigte und Familien entlastet werden.

Die hohe Inflation durch die Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hat viele Menschen stark belastet. Mit riesigen Kraftanstrengungen, Einsparungen, Energiepreismessungen und Inflationsprämien ist es gelungen, die hohen Preise endlich zu dämpfen. Damit Beschäftigte und ihre Familien in Zukunft wieder mehr Sicherheit haben und sich vor allem wieder mehr leisten können, schlagen wir konkrete und wirksame Entlastungen und Verbesserungen vor. Eine Durchschnittsverdiener-Familie mit zwei Kindern soll spürbar mehr

Geld pro Monat in der Tasche haben, damit ihr Leben besser und einfacher wird.

- *Wir haben den Mindestlohn auf 12 Euro erhöht. Das war eine sofortige Gehaltserhöhung für Millionen von Menschen und hat den Niedriglohnsektor verkleinert. 2026 muss der Mindestlohn auf 15 Euro steigen. Davon profitieren über 7 Millionen Beschäftigte.*
- *Wir wollen für 95 Prozent der Steuerzahler*innen die Einkommensteuer senken, damit mehr Netto von ihrem Lohn übrigbleibt. Die obersten ein Prozent der Einkommen, die in den vergangenen Jahren stark profitiert haben, können*

dafür etwas mehr beitragen. Eine Steuerreform muss Mittelschicht und untere Einkommen entlasten.

- *Um die Preise vor allem für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen zu senken, wollen wir die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel auf fünf Prozent senken. Das hat sich in der Corona-Krise bewährt und muss vom Einzelhandel und den Lebensmittelkonzernen an die Verbraucher*innen weitergegeben werden.*
- *Schulen und Kitas müssen gut und verlässlich sein. Deshalb werden wir hier deutlich mehr investieren. Das Mittagessen in Kita und Schule soll für alle Kinder kostenfrei werden.*
- *Das Erfolgsmodell Elterngeld machen wir noch besser und erhöhen die maximale Elterngelddauer auf 18 Monate, wenn beide Eltern mindestens 6 Monate Elternzeit nehmen.*
- *Das Deutschlandticket muss langfristig fortgesetzt werden und bezahlbar bleiben.*
- *Der Eigenanteil für die Pflegekosten wird auf 1.000 Euro gedeckelt, damit die Kosten nicht aus dem Ruder laufen. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen werden dadurch deutlich entlastet.*

3. Wir kämpfen für eine sichere Rente für alle Generationen.

Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, verdient ein anständiges Leben im Ruhestand. Es ist respektlos, »Leistung muss sich lohnen« zu plakatieren und dann zuzuschauen, wie das Rentenniveau in den kommenden Jahren für die folgende Generation abstürzt. Wir haben in den letzten Jahren die Grundrente eingeführt und die Renten in Ost und West endlich angeglichen. Damit die Rente sicher bleibt – auch für die nachfolgende Generation, müssen wir sie jetzt stabilisieren. Der Gesetzentwurf ist fertig und kann innerhalb von 100 Tagen verabschiedet werden. Die Rente mit 70 oder andere Vorschläge zur Erhöhung des Renteneintrittsalters sind ein Irrweg, der für viele Menschen nicht zu schaffen ist.

- *Wir stabilisieren das Rentenniveau langfristig bei 48 Prozent. Damit werden die Renten nicht von der Entwicklung der Löhne abgehängt und nicht von der Inflation aufgeessen. Das ist gerade für kommende Generationen wichtig und gerecht. Denn eine Rentenkürzung im Verhältnis zur Lohnentwicklung trifft alle, auch jene, die erst in 30 oder 40 Jahren in Rente gehen. Das Rentenniveau sichert sich nicht von selbst. Wir sagen konkret, was wir tun.*



**EINE DURCH-
SCHNITTS-
VERDIENER-
FAMILIE
SOLL SPÜRBAR
MEHR GELD
IN DER
TASCHE HABEN**





- *Wer 45 Jahre hart gearbeitet hat, muss weiter zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen können. Das ist gerecht.*

**4. Ein starkes Land
braucht ein starkes
finanzielles Fundament.**

Anders als andere Parteien spielen wir mit offenen Karten. Deshalb sagen wir, wie Entlastungen für Familien und Beschäftigte und mehr Investitionen in Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur finanziert werden können. Klar ist für uns: Investitionen

*in Wirtschaft, Bildung, Bahn und Bundeswehr auf Kosten von Rentner*innen, Geringverdiener*innen oder Arbeitslosen zu finanzieren, wie es andere vorschlagen, wird rechnerisch niemals aufgehen und ist auch nicht gerecht. Wir machen deshalb transparent, was wir ändern wollen:*

- *Klar ist: Es ist wichtig, dass Deutschlands Wirtschaft wieder wächst. Neues Wachstum sorgt auch für steigende Einnahmen, die wir gezielt in die Zukunft investieren wollen.*

Mehr Kaufkraft kurbelt dabei auch den Konsum spürbar an.

■ *Eine sinnvolle Reform der Schuldenregeln gibt uns die Möglichkeit, solide Haushalte vorzulegen und gleichzeitig deutlich mehr in unsere Zukunft und in unsere Sicherheit zu investieren. Die Reform ist dringend notwendig. Nur so wird es gelingen, neues Wachstum, massive Investitionen in eine bessere Infrastruktur und eine starke Bundeswehr zu finanzieren. Wer etwas Anderes sagt, macht den Leuten etwas vor.*

■ *Nicht allein der Bund, auch Länder und Kommunen brauchen die nötigen finanziellen Spielräume. Wir schlagen deshalb einen Zukunftspakt Bund, Länder, Kommunen vor, um die finanzielle Ausstattung auf allen Ebenen auf ein besseres Fundament zu stellen. Fehlt der Spielraum in den Kommunen bedeutet marode Schulen, nicht sanierte Schwimmbäder und ausfallende öffentliche Leistungen.*

■ *Riesige Multimillionen- und Milliardenvermögen und Erbschaften werden heute in Deutschland unterdurchschnittlich besteuert. Wir sagen zu, höhere Einnahmen in diesen Bereichen in Bildung und damit unsere wichtigste Zukunftsaufgabe zu investieren. Gleichzeitig werden wir Freibeträge anheben, um die Mittelschicht besser zu schützen. Das Eigenheim in der Familie wird geschützt. Bei der Einkommensteuer sollen die obersten ein Prozent der Einkommen etwas mehr beitragen.*

■ *Die pauschale Abgeltungssteuer schaffen wir ab, damit Einkommen aus Kapital so besteuert wird wie das Einkommen der Beschäftigten aus ihrer Arbeit.*

Jan Plobner, MdB



EINE
SINNVOLLE
REFORM DER
SCHULDEN-
REGELN IST
DRINGEND
NOTWENDIG



IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Ortsverein Altdorf. – Redaktion: Karin Völkl (verantwortlich), Neumarkter Straße 33, 90518 Altdorf, Telefon 09187/2315; Barbara Beck, Heidrun Beckmann, Klaus-Peter Binanzer, Jasmin Groß, Steven Himmelseher, Jan Plobner.

Fotos: © SPD-Ortsverein Altdorf / © Oliver Reinhardt – www.olivergrafie.de (Autorenportraits und S. 2, 3) / Autorenportrait Martin Tabor, S. 3; Antje Wiech | Titelfoto: Oliver Reinhardt / S. 10, 11 und 12: Fionn Grosse / S. 4, 8 und 14: Jan Plobner Layout/Satz: Mimi Tabor – Anzeigen: Klaus-Peter Binanzer. – Druck: PuK Print, 91217 Hersbruck. – Auflage: 7300.

Namentlich gekennzeichnete Artikel, Leserbriefe und Kommentare stellen die Meinung des Verfassers, nicht unbedingt die der Redaktion dar. – Wird allen Haushalten der Stadt Altdorf kostenlos zugestellt. – Erscheint dreimal jährlich.

SO WÄHLST DU RICHTIG:

JEDE*R WAHLBERECHTIGTE HAT **ZWEI** STIMMEN



MIT DER **ERSTSTIMME**
WÄHLST DU DEINEN
ALTDORFER
ABGEORDNETEN

JAN PLOBNER



MIT DER **ZWEITSTIMME**
WÄHLST DU
SOZIALE POLITIK
FÜR DICH

SPD, LISTE 2



BEIDE STIMMEN ZÄHLEN FÜR DEN ERFOLG:
JE MEHR ERST- UND ZWEITSTIMMEN, DESTO MEHR SITZE
GEWINNT DIE SPD UND DESTO MEHR KANDIDAT*INNEN
BEKOMMEN EIN MANDAT.

NUTZE AUCH DIE BRIEFWAHL!

ALTDORF
B. NÜRNBERG

SPD

www.spd-altdorf.de